

natürlich auch, wenn ich den anderen meiner Interessen wegen leiden lasse. Aber um das geht es hier wohl nicht, sondern um die Frage, ob der Wille, andere leiden zu machen, schlechthin zum Menschen gehört.

*Kolakowski:* Was pathologisch ist, kann man nur feststellen im Vergleich zum Normalen. Man muß zuerst wissen, was das Normale ist. Ich weiß aber nicht genau, was normal und was pathologisch ist. Vielleicht trifft es nicht zu, daß jeder einzelne notwendig diesen Willen zum Bösen in sich trägt; aber das kann ich nicht wissen. Der Wille zum Bösen scheint mir aber stark genug zu sein und stark genug verbreitet zu sein, um mich daran zweifeln zu lassen, ob es sich bloß um Pathologie handelt. Wahrscheinlich sind wir alle fähig, das Böse zu tun, im moralischen Sinne zu tun, wenn auch wahr ist, daß wir das moralisch Böse bis zu einem gewissen Grade begrenzen können.

### „Eine skeptische Philosophie kann der Sache des Friedens nützlich sein“

*HK:* Ihr gesamtes Denken und Ihre philosophische Arbeit sind, so hat es den Anschein, ganz stark und durchgängig von religiösen Fragen inspiriert. Hat die Politik als Problemfeld für Ihr Denken eine ähnlich inspirierende Leitfunktion?

*Kolakowski:* In meinen jüngeren Jahren spielten die Fragestellungen aus dem politischen Bereich für mein Denken sicher eine größere Rolle als heute. Genaue Trennungslinien ziehen kann man zwischen dem Bereich des Denkens und politischen Gestaltungsaufgaben in der Gesellschaft natürlich nie. Aber ich versuche bei philosophischen Fragestellungen möglichst unabhängig von politischen Motiven zu bleiben. Wenn man über religiöse oder philosophische Fragen nachdenkt, kann man politische Angelegenheiten nicht einfach beiseite lassen. Das kann nicht völlig gelingen; aber man soll mindestens versuchen, davon frei zu bleiben. Ich war immer nicht nur politisch interessiert, sondern in der einen oder anderen Weise auch politisch tätig. Aber meine Haltung ist, die politische Seite aus den Motivationen meines Denkens möglichst fernzuhalten.

*HK:* Darf ich im Anschluß daran und zugleich zum Abschluß dieses Gesprächs noch einmal auf den Friedenspreis zu sprechen kommen. Der Friede ist ja sicher auch ein Problem, das unter religiösen Kategorien zu fassen ist, aber er ist auch ein soziales, ein politisches Problem. Glauben Sie, daß die Philosophie einen Beitrag zum Frieden leisten kann, bzw. in welcher Weise könnte sie diesen leisten?

*Kolakowski:* Ich möchte der Philosophie auf diesem Feld keine übergroße Bedeutung zuschreiben. Vermutlich kann sie nur dadurch zur Sache des Friedens beitragen, daß sie den Glauben an Toleranz stärkt. Den Glauben an Toleranz stärken heißt aber auch, daß sie skeptisch ist, daß sie unsere Gewißheiten zerstört, anstatt sie zu verstärken. Eine skeptische Philosophie kann der Sache des Friedens nützlich sein.

## Dokumentation

### Kirchliche Stellungnahmen zum Terrorismus

*Anlässlich ihrer Herbstvollversammlung in Fulda veröffentlichte die Deutsche Bischofskonferenz eine Erklärung, in der sie sowohl aktuell wie grundsätzlich zum Thema Terrorismus und seinen Ursachen aus der Sicht der katholischen Kirche Stellung nimmt. Bereits am 16. September hatte der Rat der EKD eine Erklärung abgegeben, in der terroristische Akte schärfstens verurteilt und aus der Sicht der evangelischen Kirche Hintergründe und Ursachen des gegenwärtigen Terrorismus zur Sprache gebracht werden. Hier beide Dokumente im Wortlaut.*

#### Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz

Mit den Bürgern unseres Landes sind wir tief betroffen von den Verbrechen der Terroristen, die jüngst die Serie ihrer Untaten mit gesteigerter Unmenschlichkeit fortgesetzt haben. Unser tie-

fes Mitgefühl gehört den Angehörigen der vier beim Überfall am 5. September 1977 in Köln Ermordeten. Wir gedenken des nunmehr seit mehr als zwei Wochen entführten Hanns-Martin Schleyer wie auch seiner Familie.

Die Morde von Berlin, Karlsruhe, Oberursel und Köln haben uns wie wenige Ereignisse seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland deutlich gemacht, daß unsere freiheitliche demokratische Ordnung nicht ein selbstverständliches Geschenk ist, sondern ständig geschützt und verteidigt werden muß. Sie allein garantiert unser aller Freiheit und Recht.

Wir verurteilen gemeinsam mit allen rechtlich denkenden Menschen schärfstens alle Versuche, die Grundlagen unseres Staates und der Gesellschaft zu zerstören.

Den Regierungen von Bund und Ländern fällt die Aufgabe zu, mit allen geeigneten Maßnahmen die Rechtsbrüche der Terroristen zu ahnden und neue zu verhindern. Den Verantwortlichen, die vor schwierigen Entscheidungen stehen, gilt unsere besondere

Solidarität und unser fürbittendes Gebet. Dankbar würdigen wir den Einsatz der Polizei, des Verfassungsschutzes und der in den Strafverfolgungsbehörden wie in der Justiz und im Justizvollzug tätigen Männer und Frauen. Sie alle haben ein Anrecht auf Rückendeckung durch den Staat und das Volk.

In dieser Lage müssen alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen über vorhandene Meinungsverschiedenheiten hinweg zusammenwirken. Dabei sollten alle in der Verfassung und in unserer rechtsstaatlichen Ordnung gegebenen Möglichkeiten ausgeschöpft, dauernd beachtet und konsequent verwirklicht werden, bevor überhaupt Verfassungsänderungen in Betracht gezogen werden.

Nachdrücklich wenden wir uns an jene Menschen und Gruppen in unserer Bevölkerung, die durch ihre bisherige Unterstützung – in welcher Weise auch immer – das unmenschliche Werk des Terrorismus ermöglicht und das Ergreifen der Täter verhindert haben: geben Sie Ihre direkte oder indirekte Mitwirkung an Verbrechen auf. Begreifen Sie Ihre Mitverantwortung an dem furchtbaren Leid einzelner Menschen und ganzer Familien. Erkennen Sie endlich, daß gesellschaftliche Verhältnisse durch Haß, Brutalität und Mord nicht verbessert werden können. Kehren Sie um und verhindern Sie, daß Ihre Schuld noch größer wird.

Wir dürfen aber heute auch nicht der Frage ausweichen, wie es dazu kommen konnte, daß in den vergangenen Jahren in ständig wachsender Zahl und in zunehmender Bedenkenlosigkeit Anschläge auf Frieden und Freiheit, auf Menschenwürde und Menschenleben begangen worden sind. Wo sind Ursachen und Anfänge dieser Untaten, wer sind ihre geistigen Väter?

Ohne schon heute einer umfassenden Analyse vorgreifen zu wollen, dürfen und müssen wir einige Fragen stellen, deren Beantwortung nicht mehr länger aufgeschoben oder verschleiert werden darf.

– Allzu viele in unserer Gesellschaft vertreten die Ansicht, alles auf dieser Welt sei machbar und erreichbar. Die Begrenztheit des Menschen und die Wirklichkeit des Bösen wurden nicht mehr gesehen. Aus dem Glauben an das Machbare erwuchs gerade bei jungen Menschen die Unzufriedenheit über vorhandene Mängel, Ungerechtigkeiten und ungelöste Probleme. Diese wurden nur der bestehenden Ordnung angelastet.

– Hand in Hand damit ging vielfach geradezu eine zynische Herabsetzung der Grundwerte und Grundhaltungen eines menschwürdigen Lebens. Aus verschiedenen Richtungen und auf verschiedenen Ebenen wurden Ehe und Familie, das Lebensrecht des Ungeborenen und andere ethischen Normen angegriffen. Wurden so nicht Fundamente unterhöhlt, ohne die unsere Gesellschaft ihre Stabilität verliert? In den letzten Jahren haben wir mehrfach auf diese gefährliche Entwicklung hingewiesen.

– Von manchen Kathedern unserer Hochschulen und Universitäten werden seit Jahren Theorien der Verweigerung und der Gewalt gegen die fortgeschrittenen Industriegesellschaften gelehrt und empfohlen. Liegt der Gedanke fern, daß die Terroristen ihr ideologisches Rüstzeug hier erhielten und falsche und utopische Theorien in die Tat umsetzen wollen? Wir müssen auch fragen, ob nicht bestimmte Konflikt-Theorien, die in den Bildungsbereich Eingang gefunden haben, bei jungen Menschen eine geistige Verführung möglich machten?

– In Massenmedien und selbst im Unterricht gab und gibt es Versuche, unseren Staat, seine Verfassung, seine Gesetze und seine Vertreter herabzusetzen und lächerlich zu machen. Wir sprechen hier nicht vom guten Recht des Journalisten, Politikers und Bürgers, in aller Öffentlichkeit sachliche Kritik zu üben. Wir meinen die gezielte Beleidigung, Verunsicherung und die Verfälschung von Tatsachen. Nicht selten wurde der Begriff von Recht,

Ordnung und Institutionen zum Inbegriff des Reaktionären und Vorgestrigen abgestempelt.

– Die Darstellung von Gewaltverbrechen nimmt im Unterhaltungsteil von Zeitschriften und im Programm von Film und Fernsehen einen breiten Raum ein. Vermittelt das nicht auf die Dauer den Eindruck, daß Gewalt ein geeignetes Mittel zur Lösung von Konflikten im politischen Bereich ist?

– Uns selbst müssen wir die Frage stellen, ob wir rechtzeitig und ausreichend auf die geistigen Herausforderungen reagiert haben. Allzulange haben wir angenommen, es bestehe unveränderlich ein Konsens im Hinblick auf die Grundwerte. In die angeblich „heile“ und zur Selbsttäuschung neigende geistige Situation drangen gefährliche ideologische, ja nihilistische Strömungen ein.

– Nicht wenige unserer Mitbürger wissen keine Antwort mehr auf die Frage nach dem Sinn ihres Lebens. Wir Christen müssen uns fragen: Was haben wir getan oder unterlassen, durch Wort und Leben die Freude der Erlösung durch Jesus Christus und die Geborgenheit in Gott zu verkünden und damit anderen den Weg zu weisen?

Wir wiederholen unsere Bitte an alle Gemeinden, für die Opfer des Terrors und ihre Angehörigen zu beten. Wir wiederholen auch die Bitte, für die Täter und ihre Helfershelfer zu beten, daß sie ihr Unrecht erkennen und einen Weg zur Umkehr finden. Wir rufen alle Gläubigen auf, durch Gebet, Wort und Tat für die Erhaltung und den Ausbau einer menschenwürdigen Gesellschaft zu arbeiten. Die Kirche ist bereit, jedem, der sich um Überwindung des Terrors müht, ein guter Partner zu sein.

## Erklärung des Rates der EKD

Die Evangelische Kirche in Deutschland bejaht den Staat, in dem wir leben. Die durch den Terror ausgelöste allgemeine Verunsicherung kann zu maßlosem Zorn oder zu tiefer Resignation führen. In dieser Situation bekennen wir uns zum fünften Satz der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, in dem es heißt: „Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.“

Mord und erpresserische Gewalttätigkeit, die den Verlust von Menschenleben zynisch einkalkuliert, sind durch nichts, unter keinen Umständen und mit keiner wie auch immer gearteten Zielvorstellung zu rechtfertigen oder zu verharmlosen. Durch die jüngsten Terrorakte sind in der Person der Opfer Staat und Gesellschaft selbst betroffen. Wir alle sind darum verpflichtet, das uns Mögliche zur Aufklärung der Verbrechen beizutragen und einer weiteren Eskalation des Terrors entgegenzuwirken.

Nur ein starker Staat kann ein liberaler Staat sein. Stark aber ist der Staat in erster Linie durch die gemeinsamen Überzeugungen und Wertvorstellungen seiner Bürger. Die Verpflichtung auf die unserer gesellschaftlichen Ordnung vorgegebenen Werte bildet die Grundlage unserer politischen Existenz und ermöglicht den